

Dr. jur. Ammermann

Münster, den 2. November 1948
eingeg. am 25.11.1948
Landgericht, Münster
gez. Wenzeler

An der Strafsache
Baumgarten - 6 K s 3/48 -

beantrage ich, das Urteil des Schwurgerichts Münster vom 22. Oktober 1948 aus folgenden Gründen aufzuheben:

Der Angeklagte ist wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit gemäss Kontrollratsgesetz Nr. 10 Art. I¹ Ziffer 1c für schuldig befunden worden. Dieses Gesetz bedroht im Art. II gewisse Handlungen mit Strafe, die als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet werden. Nach dem Sinn und Zweck des Gesetzes fallen darunter solche Handlungen, die unmenschlich sind und nach allgemeinem Empfinden eine Verletzung der Menschenwürde hervorrufen. Diese Voraussetzungen muss in objektiver Hinsicht gegeben sein. Zur Beurteilung dieser Frage darf man die Tathandlung nicht nur rein äusserlich, sondern muss zur Abwägung auch innere Tatumstände berücksichtigen. Denn nur ein starkes ethisches Unwerturteil kann die Anwendung des Kontrollratsgesetzes rechtfertigen und einen Schuldspruch wegen einer solchen Tat begründen. Zur Feststellung, dass der Angeklagte sich dieses Verbrechens schuldig gemacht hat, hätte das Schwurgericht daher nicht nur die äusseren Tatumstände in Betracht ziehen dürfen; es hätte vielmehr auch die persönlichen Eigenschaften des Angeklagten, die für die Anwendung des Gesetzes von wesentlicher Bedeutung sind, bereits bei Prüfung der Schuldfrage und nicht nur bei der Strafzumessung berücksichtigen müssen. Bei der Strafzumessung sind dem Angeklagten eine Reihe von Milderungsgründen zugestanden worden, die geeignet sind, die Beurteilung der Schuldfrage wesentlich zu beeinflussen. Diese Prüfung ist aber unterblieben. Es ist lediglich bei der Strafzumessung in Betracht gezogen worden, dass der Angeklagte

te stets ein kameradschaftliches und hilfsbereites Wesen gezeigt, durch aktiven Einsatz zu Gunsten des durch den Nationalsozialismus verfolgten Zeugen Dr. Hoogen, sich als anständiger Mensch bewährt hat; ferner, dass er von den damaligen Machthabern verhetzt war und nur auf Befehl seinen Vorgesetzten gehandelt hat. Schliesslich ist strafmildernd noch berücksichtigt worden, dass der Angeklagte sich in der Prognomnacht für die misshandelten Juden Dr. Steinthal und Feibes tatkräftig eingesetzt und insoweit zwei Menschenleben gerettet hat. Diese vom Schwurgericht als Milderungsgründe festgesetzten Tatsachen waren aber bereits bei der Frage, ob der Tatbestand des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 Art. II Ziffer 1c überhaupt gegeben ist, zu prüfen. Es war abzuwägen, ob die Handlung des Angeklagten unter Berücksichtigung der Milderungsgründe bedingenden Tatsachen das Humanitätsgefühl in objektiver Hinsicht in erheblichem Masse oder nur geringfügig verletzt hat. Im letzteren Falle ist ein ^{aus}Schlusspruch nicht gerechtfertigt. Man kann daher annehmen, zumindestens muss die Möglichkeit als gegeben angesehen werden, dass das Schwurgericht bei Vornahme der Prüfung eine andere Entscheidung getroffen hätte. Berücksichtigt man nämlich die Handlung des Angeklagten, so ist in Betracht zu ziehen, dass ihm befohlen war, mit seinen SA-Männern die Synagoge sowie Judengebäude am Kanonengraben zu zerstören. In beiden Fällen ist die Zerstörung jedoch von anderer Seite erfolgt. Insoweit darf man dem Angeklagten daher lediglich zur Last legen, dass einzelne seiner SA-Männer Fenster der Synagoge eingeworfen haben. Im übrigen hat der Angeklagte sich aber gegensätzlich zu den befohlenen Massnahmen verhalten. Er hat bei der Synagoge den Schutz der umliegenden Häuser übernommen, Feibes aus dem Wasser gezogen und mit trockenen Kleidern versorgt. Berücksichtigt man weiterhin das besonders anzuerkennende Verhalten des Angeklagten gegenüber dem Zeugen Dr. Hoogen und das ihm von allen Seiten bestätigte Zeugnis eines gutmütigen und stets hilfsbereiten Menschen, so dürften begründete Zweifel bestehen, den Tatbeitrag des Angeklagten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu bewerten. Insoweit ist daher aus diesem Grunde die Aufhebung des angefochtenen Urteils erforderlich. Weiterhin hätte das Schwurgericht bei der Prüfung der Schuldfrage in Betracht ziehen müssen, dass der Angeklagte als SA-Angehöriger auf einen Dienstbefehl hin gehandelt hat, der seine Tat zu rechtfertigen zumindest aber zu entschuldigen geeignet ist. Wenn gleich die SA nicht zur We

6

tion zählte, so ist aber zu berücksichtigen, dass der Angeklagte als SA-Angehöriger einer militärischen Disziplin unterstand. Ausserdem darf nicht ungeachtet bleiben, dass er sich beruflich in einem Beamtenverhältnis befand, die Nichtbefolgung des Befehls für ihn daher nicht nur disziplinare Massnahmen in der SA, sondern auch die Gefährdung und Vernichtung seiner Existenz nach sich gezogen hätte. Wenn der Angeklagte sich aus dieser Notlage dadurch befreite, dass er gegenüber seiner nur geringen Beteiligung in der Prognomnacht Gegenmassnahmen traf, die weit grössere Wirkungen zeitigten - Schutz von Nachbarbauten, Rettung von zwei jüdischen Personen von ihrer Vernichtung - so dürfte diese Tatsache seine geringfügige Beteiligungshandlung als entschuldbar, wenn nicht sogar als gerechtfertigt erscheinen lassen. Ausserdem muss die zu Lasten des Angeklagten ausgeworfene Strafe unter Berücksichtigung des geringen Beteiligungsgrades als wesentlich überzogen und durch die Strafzumessungsgründe als durchaus nicht gerechtfertigt bezeichnet werden. Das Schwurgericht scheint dem Angeklagten mehr zu entgelten, als der Beteiligung nach angemessen ist. Wenn man in Betracht zieht, dass dem Angeklagten lediglich der Einwurf der Scheiben an der Synagoge als einzige positive Handlung zum Vorwurf gemacht werden kann, dem gegenüber aber seine zu gleicher Zeit erfolgten Schutzmassnahmen zu Gunsten der Juden Dr. Speinthal und Feibes berücksichtigt, so ist zweifelsohne erkennbar, dass die Strafe überaus hart ist. Das Schwurgericht hätte abwägen müssen, ob die dem Befehl des SA-Standartenführers Wulf entgegen gesetzten Massnahmen des Angeklagten nicht als schuldaufliegend zu bewerten sind. Zumindest ist aber eine Geldstrafe als ausreichendes Entgelt und dem Strafzweck angemessen anzusehen.

gez. Ammermann
Rechtsanwalt

Für die Richtigkeit der Abschrift

Müller, Justizangestellter